

Andreas Boes

Hundert Jahre Zukunft der Arbeit

**Festvortrag zum Festakt „100 Jahre Sozialministerium“
des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und
Konsumentenschutz**

Wien, am 5. November 2018

Sehr geehrter Herr Vizekanzler,

sehr geehrte Frau Bundesministerin, Mag.^a Beate Hartinger-Klein,

geschätzte Mitglieder und frühere Mitglieder der Bundesregierung,

liebe Festgäste,

sehr geehrte Damen und Herren,

herzlichen Dank für die Einladung zu diesem Festvortrag.

Hundert Jahre Zukunft der Arbeit. Der Titel meines Vortrags enthält zwei Schlüsselbegriffe. Lassen Sie mich beim ersten beginnen, bei der Zukunft. Wenn wir heute über die Zukunft sprechen, dann sprechen wir notwendigerweise über Entwicklungen, die noch nicht eingetreten sind. Zukunft ist das, was nach der Gegenwart kommen wird. Sie ist prinzipiell offen.

Mit Blick auf die Zukunft der Arbeit sprechen heute alle von der Digitalisierung. Die Digitalisierung, so heißt es, wird die Arbeit der Menschen grundlegend verändern. Digitalisierung, das erfahren wir aus den Zeitungen, das sind vor allem Maschinensysteme, wie Roboter. Die sahen früher meist martialisch aus und schauen neuerdings immer häufiger geradezu menschlich drein. Und, wer es etwas gebildeter mag, spricht von Algorithmen - also logischen Maschinen. Oder neuerdings gar von künstlicher Intelligenz - also von logischen Maschinen, die in der Lage sind, Muster zu erkennen und sich selbst zu optimieren, aber von menschlicher Intelligenz weit entfernt sind.

Von diesen neuartigen digitalen Maschinen sind offenbar wahre Wunderdinge zu erwarten. So kommt eine aktuelle Studie des World Economic Forum zur Zukunft der Berufe zu dem Ergebnis, dass Maschinen im Jahre 2022 mit 42% fast so viele Arbeitsstunden verrichten werden wie Menschen. Maschinen, so die allenthalben kolportierte Schlussfolgerung, ersetzen immer größere Bereiche menschlicher Arbeit. Die häufig zitierte Studie zu diesem Thema, die im Jahr 2013 erschienene Arbeit von Frey und Osborne, prognostiziert für den US-amerikanischen Arbeitsmarkt, dass für 47% Beschäftigten ein hohes Risiko bestehe, durch Computerisierung in den nächsten 20 Jahren verdrängt zu werden, für 19% ein mittleres Risiko und nur für 33% ein

geringes Risiko. Und auch wenn danach viele Studien vorgelegt wurden, die das Gegenteil behaupten: Der Stachel der Angst sitzt dennoch tief. Die in diesem Kontext auch aus Kreisen der Wirtschaft häufig vorgetragene Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen steigert diese Angst eher als dass sie die Menschen beruhigt.

Schaut man genauer hin, so sind diese Zukunftsprognosen eigentlich gar nicht so revolutionär neu. Der aktuell bestimmende Diskurs über die Zukunft der Arbeit versucht vielmehr, die Zukunft als Fortsetzung des Alten fortzuschreiben. Die Digitalisierung erscheint hier als eine Radikalisierung der Automatisierung des industriellen Maschinenzeitalters: Menschliche Arbeit wird ersetzt durch Maschinen hoch zwei. Denn diese radikale Automatisierung trifft nun nicht mehr nur die „Handarbeiter und Handarbeiterinnen“ in den Fabriken. Sie greift nun auch nach den „Kopfarbeiterinnen und Kopfarbeitern“ in den Büros, ja sie greift sogar nach den hochqualifizierten Arbeitskräften, den Rechtsanwälten, Röntgenärzten und den Führungskräften in Unternehmen und Verwaltung.

Diese rückwärtsgewandte Sicht auf die Zukunft der Arbeit wirkt sich aktuell doppelt negativ auf die Bereitschaft der Menschen aus, den sich abzeichnenden gesellschaftlichen Umbruch zukunftsorientiert und mit einem gewissen Optimismus zu gestalten. Lust auf Zukunft findet man daher eher selten. Das ist in der Art, wie das Thema öffentlich vorgetragen wird, geradezu angelegt. Denn erstens wird so getan, als wäre es die Technik, die sich gegen die Menschen verschworen habe. Dies macht Menschen zu Objekten, zum Spielball der technischen Entwicklung. Je abstrakter und undurchschaubarer diese Technik ist, desto hilfloser fühlen sie sich. Und zweitens hebelt der auf die Ersetzung des Menschen durch die Technik fixierte Diskurs die Zukunftserwartungen der modernen Gesellschaften aus – mit verheerenden Folgen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Denn das Denken über die Zukunft ist für uns moderne Menschen immer mit der impliziten Erwartung verbunden, dass sich etwas ändert und dass es besser werden könnte. Die Erfüllung dieser Erwartung war viele Jahrzehnte prägend für den Zusammenhalt der modernen Gesellschaften. Sie wurden von der Überzeugung der Menschen getragen, dass sie in einer Phase des gesellschaftlichen Fortschritts leben. „Mein Kind wird es einmal besser haben!“ Diese begründete Erwartung bildet eine

wesentliche Stütze der sozialen Stabilität der Nachkriegsgesellschaften in Europa. Heute erleben wir, dass diese Zukunftsgewissheit der Nachkriegsgesellschaften erodiert. Im Erleben vieler Menschen droht der sich andeutende digitale Umbruch die Grundfesten des Zukunftsversprechens der modernen Gesellschaft vollends zum Einsturz zu bringen. Desorientierung und Unsicherheit sind die Folgen.

Zukunft also ist fundamental für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Aber „eine Zukunft zu haben“, über eine diesseitige Zukunft nachzudenken, gar zu erwarten, dass sie Fortschritte bringt - das gibt es im Erleben der einfachen Menschen historisch noch gar nicht so lange.

Wann begann also die so verstandene Zukunft der Arbeit?

Für die große Mehrheit der Menschen begann sie dort, wo auch diese anfangen, Hoffnung zu schöpfen, dass auch ihr diesseitiges Leben einmal besser werden könnte!

Das führt uns zurück in die Zeit, als die „große Industrie“ (Marx) sich im 18. und 19. Jahrhundert durchzusetzen begann. Denn sie brachte den entscheidenden Produktivkraftfortschritt, der den modernen Gesellschaften zugrunde liegt. Doch damals wie heute haben die Menschen diesen Produktivkraftfortschritt zunächst nicht als solchen erkennen können. Den Menschen in dieser Zeit wäre es vielmehr wie der blanke Hohn erschienen, von einem Fortschritt zu sprechen. Wir erinnern uns beispielsweise an die hilflosen Versuche handwerklich qualifizierter Arbeiter, die als „Maschinenstürmer“ ihrer Degradierung gegenüber den Maschinensystemen zu entgehen suchten. Die Berichte der Zeitzeugen resümierend prägte Karl Marx den Satz, dass die „große Industrie“ in ihrer Anfangsphase vor allem als Durchsetzung von „Weiber- und Kinderarbeit“ auf die Welt gekommen sei.

Und trotz dieser manifesten Verelendungstendenzen waren Marx und die von ihm beeinflusste Arbeiterbewegung klug genug, die Dialektik dieser historischen Entwicklung zu verstehen. Was nämlich auf der Oberfläche als Versklavung des Menschen unter die Maschinen daherkam, barg zugleich einen gigantischen Produktivkraftfortschritt in sich und öffnete das Fenster für eine wirklich menschliche Gesellschaft mit mehr Wohlstand, sozialer Absicherung und Perspektiven für die kommenden Generationen. Es ist diese Zukunftserwartung, die die Anfänge der Arbeiterbewegung und ihre Identität wesentlich prägt. Wir erinnern uns beispielsweise an die Zeilen:

„Brüder zur Sonne zur Freiheit
Brüder zum Lichte empor
Hell aus dem dunklen Vergangenen
leuchtet die Zukunft hervor.“

Die Dialektik der „großen Industrie“ mit der Verelendung und Unterwerfung der Menschen auf der einen Seite und dem historischen Produktivkraftpotential auf der anderen Seite bildet den wesentlichen Streitpunkt der sozialen Auseinandersetzungen des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts. Die Gründung des Sozialministeriums vor 100 Jahren ist ein manifester Ausdruck dieser sozialen Auseinandersetzungen.

Sowohl mit Blick auf die Entwicklung der Produktivkräfte als auch auf die damit einhergehenden sozialen Herausforderungen lässt sich von der Durchsetzung der „großen Industrie“ bis zum heutigen digitalen Umbruch eine starke historische Verbindung herstellen. Sie hilft uns, die aktuellen Herausforderungen besser zu verstehen.

Die Durchsetzung der „großen Industrie“ schuf nämlich nicht nur die Voraussetzung für die industrielle Produktionsweise, sie bildete zugleich auch die Basis für einen weiteren Schub in der Entwicklung der Produktivkräfte. Aufbauend auf Zeichensystemen und frühen Informationssystemen wie der doppelten Buchhaltung erhielt nämlich die Informatisierung, also der Prozess der systematischen Sammlung und Nutzung von Informationen zur Steuerung und Kontrolle von Arbeit, mit der Industrialisierung eine immer größere Bedeutung. Dieser neuerliche Produktivkraftschub, diesmal auf Seiten der „Kopfarbeit“, war eine Komplementärentwicklung der Maschinisierung. Mit dieser Entwicklung erreichte der Kapitalismus ein neues Stadium. Neben die gigantischen Maschinensysteme der Fabrik trat die bereits in der Renaissance angelegte Vorstellung der rationalen Steuerung und Kontrolle des Produktionsprozesses, wenn nicht sogar der Gesellschaften insgesamt, auf der Basis von rationalen Informationen.

Dieser Prozess der Informatisierung erhielt durch die Gründerkrise im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts einen enormen Auftrieb und erlebte bereits im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts - also weit vor der Erfindung der Computertechnologie - seinen ersten großen Durchbruch.

Doch dieser Zugewinn an gesellschaftlicher und unternehmerischer Planungskompetenz konnte die Krisenpotentiale des Kapitalismus nicht bändigen. Und als der „schwarze Freitag“ des Jahres 1929 eine große Krise der Weltwirtschaft einleitete, zerstoben die ersten zarten Zukunftshoffnungen der Menschen mit großer Wucht und mündeten in eine lange Phase der zivilisatorischen Destruktion.

Diese Phase der Zerstörung reflektierend gehört es zu den grundlegenden Errungenschaften nach dem Zweiten Weltkrieg, dass es nun - gestützt auf verschiedene soziale Innovationen nach und nach gelang, eine stabile gesellschaftliche Entwicklung zu ermöglichen und das Zukunftsversprechen der „großen Industrie“ für die große Mehrheit der Menschen in den frühindustrialisierten Gesellschaften tatsächlich zu verwirklichen.

Folgt man den Überlegungen des französischen Soziologen Robert Castel, so besteht die wichtigste soziale Innovation dieser Zeit in der Durchsetzung des Status des Arbeitnehmers. Er unterscheidet in historischer Sicht drei bestimmende Formen der Lohnarbeit: die auf kurzfristigen Kontrakten basierende proletarische Lage, die gesellschaftlich marginalisierte Arbeiterlage und die auf einem gesellschaftlichen Anerkennungsverhältnis basierende Arbeitnehmerlage. In diesem Wandel vom Tagelöhner zum Status des Arbeitnehmers liegt eine fundamentale Erkenntnis: Die Gesellschaften haben im Laufe eines mühsamen sozialen Prozesses gelernt, dass Lohnarbeit nicht einfach wie jede andere Ware kontraktualisiert werden darf. Sie weist vielmehr eine Verletzlichkeit auf, die aus einem asymmetrischen Machtverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer resultiert. Deshalb benötigen moderne Gesellschaften ein Regulationssystem, das die Schwächeren in diesem ungleichen Tauschverhältnis mit gesonderten Rechten ausstattet. Sozialversicherungen, Mitbestimmungsrechte, Arbeits- und Tarifrecht sind der praktische Ausdruck des Status des Arbeitnehmers. Auf dieser Grundeinsicht basiert der Integrationsmechanismus moderner Gesellschaften: Lohnarbeit in ihrer Verletzlichkeit braucht eine spezifische Form des Schutzes, weil eine kapitalistische Gesellschaft nur so in zivilisierter Weise funktionieren kann.

Dieser Status des Arbeitnehmers bildet die entscheidende soziale Grundlage für eine vergleichsweise lange historische Phase einer stabilen gesellschaftlichen Entwicklung, weil er erstmals in der Geschichte des Kapitalismus das Dasein von Lohnarbeiterin-

nen und Lohnarbeitern zu einer lebhaften und sogar lebenswerten Existenz gemacht hat. Konstitutiv hierfür ist es, dass die Menschen Zukunftspläne nicht nur hegen, sondern auch verwirklichen können, dass sie mit einem gewissen Optimismus in die Zukunft blicken können. Dabei geht es oft nicht um das Schicksal des Einzelnen, sondern um die generationale Zukunftserwartung. „Mein Kind wird es einmal besser haben!“ - in diesem Satz steckte das Erfolgsgeheimnis des Zusammenhalts der Nachkriegsgesellschaften.

Genau dieser Status des Arbeitnehmers steht heute zur Disposition. Denn mit dem Übergang zur „Informationsökonomie“ erleben wir einen erneuten historischen Umbruch, der in seiner Bedeutung mit der Durchsetzung der „großen Industrie“ vergleichbar ist. Und wieder müssen wir soziale Innovationen finden, die es uns ermöglichen, diesen Produktivkraftsprung in gesellschaftliche Wohlfahrt zu verwandeln. Aber anders als im Übergang zur „großen Industrie“ haben wir diesmal keine hundert Jahre Zeit, um die richtigen Lehren aus der Geschichte zu ziehen.

Lassen Sie mich die aktuellen Herausforderungen kurz reflektieren. Was macht den erneuten Umbruch in der Arbeit aus? Was bestimmt deren Zukunft?

Was wir im öffentlichen Diskurs als „Digitalisierung“ bezeichnen, ist vor allem ein Fortschritt in der Steigerung der geistigen Fähigkeiten der Menschen und der verbesserten Nutzung von Informationen zur Planung, Steuerung und Kontrolle des Weltgeschehens. Die Basis für diesen erneuten Produktivkraftsprung ist die Durchsetzung eines weltweit verfügbaren „Informationsraums“, der sich seit den 1990er Jahren mit dem Internet herausgebildet hat. Dieser Informationsraum ist nicht einfach Technik, er ist ein neuartiger sozialer Handlungsraum. Er entsteht, weil Menschen miteinander über das Internet in stabile soziale Beziehungen treten. Der Informationsraum durchdringt die Weltgesellschaft, vernetzt sie und macht alle Formen von Informationen aneinander anschlussfähig. Für die Wirtschaft wiederum ist der Informationsraum ein globaler „Raum der Produktion“ geworden: die zentrale Bezugsebene für Arbeit und Wertschöpfung.

Diese Entwicklung begründet einen erneuten historischen Umbruch. An Stelle des Paradigmas der „großen Industrie“ tritt nun das Paradigma der Informationsökonomie. Diese bricht sich in immer weiteren Teilen der Weltwirtschaft Bahn. Vor allem

die Unternehmen aus dem Silicon Valley und zunehmend aus China treiben diese Entwicklung voran. Mit ihren auf eine Veränderung der Spielregeln ganzer Märkte zielenden disruptiven Geschäftsmodellen erobern sie immer mehr reife Märkte und machen angestammten Unternehmen in ihrem Kerngeschäft Konkurrenz.

Vorreiter-Unternehmen in der Informationsökonomie entwickeln ausgehend von der Informationsebene konsequent datenbasierte und kundenzentrierte Geschäftsmodelle. Sie entwickeln dabei neue Konzepte, um die Menschen in diesem Informationsraum berechenbar und damit verwertbar zu machen. Das ist ihre Kernkompetenz, egal ob sie Amazon, Google, Facebook oder UBER heißen. Über den Informationsraum erfolgt aktuell auch der Brückenschlag der digitalen Welt in die analoge Welt. Die disruptive Wucht der Digitalisierung dringt so auch in die industriellen Kerne ein.

Mit den neuen Geschäftsmodellen wird die Organisation von Arbeit radikal neu gedacht. Arbeit findet zunehmend im Informationsraum, also nahezu unabhängig vom Ort, statt. Und Plattformen werden immer mehr zu Drehscheiben für die Organisation der Arbeitsprozesse. Diese fungieren als neuartige „Arbeitsräume“, die Arbeit unabhängig von ihrem Ort in einen gemeinsamen Produktionsprozess einbinden. Diese Entwicklungen zu Ende gedacht, entsteht aktuell ein neues Prinzip der Organisation von Arbeit: IBM nennt dies sehr weitsinnig „Working in the open“. In dieser Vorstellung bilden die Unternehmen über Plattformen im weltweiten Maßstab schlagkräftige „Workforces“ im flexiblen Zusammenschluss der Kompetenzen und Leistungen unterschiedlichster Arbeitskräfte und mitarbeitender Kunden im globalen Maßstab.

Auf diesen Plattformen sind zunächst einmal alle gleich. Sie haben nur unterschiedliche Zugriffsrechte. Diese Gleichsetzung von fest angestellten Beschäftigten, Freelancern, Kunden und Crowdworkern bedeutet letztlich, dass vollkommen unterschiedliche Rechtssysteme zueinander in Konkurrenz gebracht werden. Wenn man die Dinge in dieser Situation marktwirtschaftlich laufen lässt, ist abzusehen, dass diejenigen Rechte, die Schutz und Integration gewähren, auf der Strecke bleiben. Aus dieser Situation, so glaube ich, resultiert die eingangs angesprochene Gefahr, dass der Status des Arbeitnehmers strukturell unterhöhlt wird und wir zurückfallen in eine Zeit, in der Arbeitsverhältnisse über Kontrakte geregelt wurden.

Angesichts dieser Entwicklungen sind zwei Herausforderungen entscheidend: Wir müssen erstens lernen, das positive Potential des erneuten Produktivkraftsprungs zu identifizieren und daraus überzeugende Zukunftsvisionen entwickeln, um darauf aufbauend das Potential durch soziale Innovationen in Wohlfahrt für die Menschen zu verwandeln. Nur so können wir wieder Lust auf Zukunft wecken. Dazu ist es zweitens notwendig, dass wir den Status des Arbeitnehmers nicht als etwas Verstaubtes und Überlebtes, sondern als die zentrale soziale Innovation des 20. Jahrhunderts betrachten. Er ist kein Anachronismus – gerade nicht in der Informationsökonomie des 21. Jahrhunderts. Wir müssen ihn vielmehr als Kern des Integrationsmechanismus moderner Gesellschaften reformulieren. Nur so können wir es schaffen, dass Lohnarbeit, in welcher Form auch immer, in der kapitalistischen Gesellschaft integriert und deren Zukunftsfähigkeit erhalten bleibt. Denn am Ende werden wir die Herausforderungen des Umbruchs in Arbeit und Gesellschaft nur erfolgreich bewältigen, wenn es uns gelingt, dieses Projekt zu einem gemeinsamen Projekt aller Menschen zu machen.

In diesem Sinne wünsche ich dem Sozialministerium viel Erfolg, Kraft, Mut und Weisheit für die nächsten hundert Jahre Arbeit am Fortschritt der Gesellschaft.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Autorenangaben:

Prof. Dr. Andreas Boes

Außerplanmäßiger Professor an der Technischen Universität Darmstadt; Mitglied des Vorstands des Instituts für Sozialwissenschaftliche Forschung e.V., ISF München; Mitglied des Direktoriums des Bayerischen Forschungsinstituts für Digitale Transformation - BIDT.

eMail: Andreas.Boes@isf-muenchen.de

Tel.: +49 89 272921-42

Twitter: @AndreasBoes